



## **eGovernment in der Schweiz: Strategie und Handlungsempfehlungen aus Sicht der Gemeinden**

Bern, 10.2.2014

### **Position des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV)**

Aufgrund der föderalistischen Aufgabenteilung ist das Potenzial für eGovernment auf kommunaler Ebene bedeutend. Die in den Gemeinden vorhandenen IT-Architekturen und eingesetzten eGovernment-Lösungen sind jedoch sehr heterogen. Zwar hat sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit im eGovernment zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessert. Zahlreiche gemeinsame Vorhaben und Projekte wurden lanciert. Auffallend ist jedoch, dass sich viele Bestrebungen relativ undifferenziert an «alle Gemeinden» richten.

Der SGV vertritt die kommunalen Interessen im Bereich eGovernment beim Bund in verschiedenen nationalen Gremien (z.B. Steuerungsausschuss eGovernment Schweiz) und Projekten (z.B. Begleitgruppen in priorisierten Vorhaben) sowie im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungen. Dazu stellt er mit seinen Aktivitäten im Bereich Information und Kommunikation sicher, dass Gemeinden laufend über die neusten eGovernment-Aktivitäten informiert sind und gegenseitig von bestehenden, guten und praxisbezogenen Beispielen profitieren können.

Angesichts der steigenden Anforderungen an die Gemeinden und den gleichzeitig sinkenden verfügbaren Mitteln möchte der SGV eGovernment in Gemeinden in Zukunft weiterhin mit Nachdruck fördern. Mithilfe neuer elektronischer Möglichkeiten sollen die betroffenen Mitarbeiter in den Gemeinden entlastet, die bestehenden Arbeitsprozesse durch intelligente Automatisierungen vereinfacht sowie die Qualität, Effizienz und Transparenz der erbrachten Dienstleistungen bei sinkenden (oder mindestens gleich bleibenden) Kosten erhöht werden.

Der SGV setzt sich im Bereich eGovernment deshalb dafür ein, dass

1. den unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen von Gemeinden systematisch und gebührend Rechnung getragen wird.
2. die kommunalen Interessen aktiver und koordinierter in die Aktivitäten von eGovernment Schweiz einfließen und besonders gefördert werden, damit Gemeinden vermehrt von kostengünstigen und standardisierten ICT-Dienstleistungen profitieren können.
3. für eine nachhaltige Umsetzung von eGovernment auf kommunaler Ebene die relevanten Technologie-Partner in Vorhaben und Projekte mit einbezogen werden.
4. aufbauend auf die nationale Strategie auch die Kantone mit ihren Gemeinden eine gemeinsame eGovernment-Strategie vereinbaren.